

## **EINE VORLÄUFIGE BILANZ DER FRAKTION**

In den anderthalb Jahren der Wahlperiode – **Oktober 2008 bis Juni 2010** – hat die Fraktion DIE LINKE mit 155 Anträgen wichtige Probleme in der Stadt aufgegriffen und so die Arbeit zurückliegender Jahre kontinuierlich fortgesetzt. 84 Anträge wurden beschlossen, 43 abgelehnt. Die vorliegende Auswahl spiegelt einen Teil unserer parlamentarischen Arbeit wieder. Folgende Anträge der LINKEN thematisierten konkrete Probleme und Interessen der Bürgerinnen und Bürger und wurden zum Erfolg gebracht.

## 1. Stadtentwicklung und Verkehr

Stärkung und Attraktivierung der **Wohngebietszentren** in den Stadtteilen Stern, Schlaatz und Zentrum Ost. Der Hartnäckigkeit der Fraktion ist es zuzuschreiben, dass in allen drei Prozessen Bewegung gekommen und ein positiver Ausgang in Sicht ist.

- Erarbeitung eines Konzeptes für die Nutzung des Areals der ehemaligen miniMal-Kaufhalle am Kepler-Platz.
- Schaffen einer Verkaufseinrichtung für die Nahversorgung im Schlaatz als Ersatz für die ehemalige REWE-Kaufhalle.
- Erhalt der REWE-Kaufhalle in Zentrum Ost.

Entwicklung des Stadtteils Drewitz im Sinne des Konzeptes „Gartenstadt Drewitz“

- Die Erstellung und Umsetzung eines nachhaltigen Umsetzungskonzeptes unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger wird im IV. Quartal 2010 vorgelegt.

Lärmschutz an der **Nuthe-Schnell-Straße**

- Wiederholt hat die Verwaltung ihre Nichtzuständigkeit erklärt und Bürgerkontakte abgelehnt. Im Ergebnis einer von der Fraktion initiierten Anwohnerversammlung in Anwesenheit des Landesstraßenbetriebes wurde die Verwaltung beauftragt, im

September gemeinsam mit dem Landesbetrieb eine Lösung für den Lärmschutz zu präsentieren.

### Errichtung eines Gebäude-Neubaus der **Weissen Flotte**

- Nach fünf Jahren ergebnisloser Diskussion konnte erreicht werden, dass die Weisse Flotte am Hafen bauen kann. Somit wird das Unternehmen auch wirtschaftlich gestärkt.

Der Lösung **verkehrlicher Probleme** dienen die Anträge

- zur Fortschreibung des LKW-Führungskonzeptes,
- zum Ausschließen der einseitigen Sperrung der Humboldt-Brücke,
- zum Bau eines Radweges zwischen Stern und Schlaatz und
- zur Einrichtung eines Radweges in der Drewitzer Straße bis 2010.

## **2. Freie Zugänglichkeit zu den Potsdamer Seen**

- Die Verwaltung wurde beauftragt, das vorhandene Uferkonzept für den Geltungsbereich der Ortsteile fortzuschreiben und bis zur Fertigstellung alles zu unterlassen, was den freien Zutritt zu den Gewässern gefährden könnte.
- Auf der Grundlage eines Berichtes zum Stand der Sicherung des öffentlichen Zugangs zum Fahrländer und Groß Glieni-

cker See sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die Zugänglichkeit gewährleisten.

- Um die vorhandene Bereitschaft von Bürgern, sich an der Finanzierung des Erwerbs von Ufergrundstücken zugunsten der Öffentlichkeit zu nutzen, soll eine Stiftung bzw. ein Spendenkonto eingerichtet werden.

### 3. Wohnen

- Dem großen Bedarf an neuen und **preiswerten Wohnungen** kann nur mit Hilfe des Landes entsprochen werden. Daher wurde es aufgefordert, seine Wohnungsbauförderpolitik den realen Gegebenheiten Potsdams anzupassen und den Wohnungsneubau zu unterstützen.
- Das kommunale Wohnungsunternehmen soll einen konkreten Beitrag zum Erhalt preiswerter Wohnungsbestände leisten.
- Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es im Stadtzentrum auch künftig möglich ist, preiswert zu wohnen, also den Bestand im Wesentlichen zu erhalten. Das steht den Planungen zur Gestaltung der Stadtmitte entgegen.
- Nach wie vor drängen wir darauf, das Stadtentwicklungskonzept Wohnen mit konkreten Aussagen zu seiner Umsetzung zu versehen, um Entscheidungen mit deren Auswirkung auf den Haushalt vorbereiten und treffen zu können.

#### 4. Verbesserung der Lebens- und Lernbedingungen für alle Kinder und Jugendliche

- Hauptschwerpunkt ist die Realisierung des Beschlusses, alle staatlichen Schulen und Kitas bis zum Ende der Wahlperiode 2014 zu sanieren. Grundlage dafür ist die Fortschreibung des bis 2011 beschlossenen **Sanierungsprogramms**.
- Mit dem Ziel, die Gesamtschulen entsprechend der Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen zu stärken, sollen vorhandene **Raum- und Schülerkapazitäten** festgestellt und mit dem Anwahlverhalten abgeglichen werden. Gegebenenfalls ist eine Erhöhung der Kapazitäten ab dem Schuljahr 2010/11 zu realisieren.
- Das Standortkonzept „**Campus Haeckelstraße**“ wird unter folgenden Aspekten unter Einbeziehung der Nutzer überarbeitet:
  - Erhalt der Fläche des bestehenden Schulgartens bzw. geeignete Flächen auszuweisen.
  - Zu gewährleisten, dass den Grundschulern auch künftig ein Spielplatz zur Verfügung steht.
  - Ein ausgewogenes Verhältnis der Freiflächen von Grund- und weiterführenden Schulen herzustellen.
- Es ist der Auftrag erteilt worden, zu prüfen, wie für die **Stadtteilschule Drewitz** ein Raumangebot geschaffen werden kann, das u. a. kulturelle Angebote für Schüler und Stadtteilbewohner ermöglicht.

- Es ist ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, wie die Sanierung und Erweiterung der **Schulstandorte Helmholtz-, Humboldt- und Eisenhart-Schule** umgesetzt werden können, wenn sich die geplante ÖPP-Finanzierung als unwirtschaftlich erweist.
- Im Zuge der Sanierung der **Grundschule am Griebnitzsee** gilt es, den Schülern, Lehrern und Eltern verbindlich mitzuteilen,
  - dass die Grundschule am Standort als kommunale Einrichtung erhalten bleibt,
  - wie sich der Bauablaufplan und der zeitliche Ablauf der Sanierung während des Verbleibs der Schule am Standort gestalten,
  - wie die Ausstattung der Containervariante mit Fachunterrichtsräumen erfolgen wird und
  - dass fachkompetente Eltern in die Planungs- und Sanierungsarbeiten einbezogen werden.
- Der Oberbürgermeister ist beauftragt, bei der Entwicklung der **Sportstätten** grundsätzlich sicherzustellen, dass keine städtischen Sportflächen geschlossen werden, bevor ein mindestens gleichwertiger Ersatz geschaffen wurde.
- Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Sportplatz der Gerhart-Hauptmann-Grundschule und der Käthe-Kollwitz-Oberschule zu sanieren und mit den dringend benötigten Sanitäranlagen auszustatten.

- Die Landesregierung und der Landtag Brandenburg wurden aufgefordert, den **Kita-Betreuungsschlüssel** zu erhöhen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.
- Die Stadtverordnetenversammlung hat sich für die Einführung eines **eigenständigen Regelsatzes** für Kinder aus ALG-II-Bedarfsgemeinschaften ausgesprochen und den OBM beauftragt, diese Position gegenüber dem Land und dem Bund zu vertreten.
- Ein Bericht am Ende des Jahres soll darstellen, wie die Inhalte und Formen der **Beteiligung** von Kindern und Jugendlichen im Verwaltungshandeln verankert sind. Wie sie lebendiger gestaltet sowie erweitert werden können, um eine unkomplizierte und attraktive Beteiligung zu gewährleisten.

Darüber hinaus sollen Möglichkeiten für die Einführung der Funktion einer/eines städtischen Kinderschutzbeauftragten geprüft werden. Ziel des Antrages ist es, die **Rechte von Kindern** zu stärken.

- Nach wie vor geht es um die Umsetzung des 10-plus-Punkte-Programms **Jugendsoziokultur** einschließlich der Realisierung des Projektes freiLAND, um den geschlossenen Jugendeinrichtungen - S 13 und Spartacus - sowie den weggefallenen Freiräumen einen neuen Ort zu geben um Jugendkultur und -soziokultur entsprechend des tatsächlichen Bedarfs zu entwickeln.

## 5. Kultur

- Um die seit Jahren bestehenden Missstände im Depot des **Potsdam-Museums** zu beheben, wurde der Auftrag erteilt, diese Situation nachhaltig und fachgerecht zu verbessern.
- Der erteilte Auftrag, die bisherige Finanzierung der freien Träger in der **Schiffbauergasse** zu evaluieren und entstehende finanzielle Mehrbedarfe im Haushalt zu verankern, dient der Sicherung der Qualität der Angebote nach Fertigstellung des Areals.
- Um die Entwicklung von **lokalen Vereinen** und Initiativen im Bereich der Bildenden Kunst zu forcieren, wurde ein Konzept eingefordert, in dem konkrete Maßnahmen für die nächsten 5 Jahre ausgewiesen werden.
- Ebenfalls diesem Ziel dient ein weiterer Antrag, mit dem die Aufnahme der **Kultur- und Kreativwirtschaft** in das städtische Wirtschaftsförderkonzept festgelegt wird, so dass eine zielgerichtete Unterstützung erfolgen kann.
- Bereits 2007 wurde der Auftrag an den OBM beschlossen, die **Russisch-Orthodoxe Gemeinde** in ihren Bemühungen um den Bau eines Gemeindezentrums zu unterstützen. Um eine Einigung mit dem Land zu erzielen, wurde der Wille, die Gemeinde beim Bau ihres Gemeindezentrums im Umfeld der Kapelle zu unterstützen, bekräftigt und die Einrichtung eines Gremiums, bestehend aus Vertretern der UNESCO ICOMOS, des Landes, der Stadt, der Fraktionen und der russischen Ge-

meinde festgelegt, das zeitnah eine Lösung erarbeiten soll. Auf eine Lösung drängen wir noch heute.

- Zum Stand der 2006 beschlossenen kulturpolitischen Leitlinien soll eine Zwischenbilanz gezogen und im Januar 2011 vorgelegt werden. So kann festgestellt werden, was sich bewährt hat und weitergeführt wird bzw. wo Nachjustierungen erforderlich sind. Diese Analyse ist die Grundlage für die weitere konzeptionelle Arbeit in diesem Bereich.

Nachdem die Hedwig-Bollhagen-Ausstellung nicht nach Potsdam geholt werden konnte, wurde der Auftrag erteilt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen das Haus „Im Gülde-  
nen Arm“ für eine kulturelle Betreuung geeignet ist. Damit soll das Haus einer dauerhaften Nutzung zugeführt werden.

- Ob und in welcher Form ein bestimmter Anteil der Bausumme bei neu zu errichtenden Gebäuden für Kunst am Bau eingesetzt werden kann, wurde geprüft. Diese vom Bauherrn nur freiwillig zu erbringende Leistung soll es nur in Ausnahmefällen geben, so das Ergebnis der Untersuchung.

## Notizen